

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Cäthor Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Der Schwerpunkt der Werbearbeit. — Kriegsteuerungs-
behilfen für bayerische Staatsarbeiter und Beamte. — Arbeiterlöhne
der Stadt Braunschweig. — Kriegsbriefe. — Aus Politik und Volks-
wirtschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Notizen für Gas-
arbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. —
Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste.

Aber auch die Verbandspresse muß nach Möglich-
keit in den Dienst der Kleinagitation gestellt werden.

Wie kann das geschehen?

Indem auch den Unorganisierten unsere „Ge-
werkschaft“ nach dem Leben übergeben wird!

Gewiß sagen häufig die organisierten Kollegen aus
einem recht begreiflichen Empfinden heraus: „Wir zahlen
die Beiträge, machen die Vorarbeit für unsere materiellen
Erfolge und jene — die Unorganisierten — sind Ruhnießer
unserer Opfer und Mühen!“ Wozu sollen wir ihnen auch noch
unser Verbandsorgan umsonst liefern. Mögen sie doch end-
lich ihrer Pflicht nachkommen und sich organisieren, dann be-
kommen sie die Presse!“

Gemach! Dieses Empfinden in allen Ehren, aber mit
Verärgerungspolitik treibt man keine Agitation!

Wir müssen stetig anremmen gegen die harte Mauer
von Unverständnis und Einsichtslosigkeit, und da nützen viel
weniger die Worte der Empörung als der Aufklärung.

Und die Presse besorgt diese Arbeit in allen Gewerk-
schaften mit stichlichem Erfolg. Erst kürzlich hat Legien
darauf hingewiesen, in wie hohem Maße die deutschen Ge-
werkschaften ihre Geschlossenheit und Entwicklung der Ge-
werkschaftspresse verdanken.

Es verlohnt sich durchaus, unser Verbandsorgan weiter-
zugeben und interessierende Artikel und Notizen den un-
organisierten Kollegen zu unterbreiten und mit ihnen zu be-
sprechen.

In dem Maße, als uns Verbandsfunktionäre aller Art
durch ihre Einziehung verlorengingen, sind naturgemäß an
den meisten Orten die Schwierigkeiten für die Haus-
agitation (die schon in Friedenszeiten ein schwerliches
Stavittel bedeuteten) gewachsen. Aber sie ist doch mancherorts
möglich und das beste, zuverlässigste, erfolgverheißendste
Mittel, wenn alle anderen versagen.

Es mehren sich die Anzeichen, daß nach dem blutigen
Völkerringen der Kampf um den Arbeitsertrag
mit verstärkter Wucht geführt werden muß, soll die Arbeiter-
schaft in ihren Lebens- und Kulturanbrüchen nicht gewaltig
zurückgeworfen werden. Das letztere können wir aber nur
verbinden durch eifervolle, unbeirrbar Aufklärungs-
arbeit, die in der gewerkschaftlichen Organ-
isation den zuverlässigen Faktor erblickt, der in immer
rastender Einzelnarbeit ihre beste Belohnung wird durch den
wirtschaftlichen Erfolg.

Wemand darf sich jetzt diesen Aufgaben entziehen. Jeder
muß an der Werbearbeit von Mund zu Mund teilnehmen.

Unsere Kollegen im Felde werden es uns
Danke wissen.

Der Schwerpunkt der Werbearbeit.

Zieht man in Betracht, daß wir uns bereits im 22. Welt-
kriegsmonat befinden, so bietet die Entwicklung
unseres Verbandes keinen Anlaß zur Unzu-
friedenheit. Rund die Hälfte unseres Friedensstandes steht
in Uniform und die andere Hälfte hält treu zu ihrem Werk!

Gewiß ist der Mitliederwechsel jetzt sicher noch
größer als in Friedenszeiten. Aber die Gründe dafür liegen
doch größtenteils in dem Arbeitswechsel, der gleichfalls
ungeahnte Dimensionen angenommen hat.

Bei alledem hat der zielbewußte Gewerkschaftler keinen
Anlaß, sich mit dem Resultat unserer Werbearbeit zufrieden-
zugeben. Es sind noch Zehntausende in den städtischen
Betrieben Deutschlands, die der Organisation fernstehen und
an die wir herankommen müssen!

Man soll sich nicht auf die Friedenszeit vertrusten.
Sie hat ihre großen, gewaltigen Aufgaben, und es ist nicht
sicher, ob die Unorganisierten später unseren guten Gründen
zugänglichlicher sind als heute.

Dem so offenkundige Erfolge, wie in den
letzten Monaten, werden wir später nur schwer erzielen. In
fast allen größeren Orten ist es uns gelungen, Steuerungs-
zulagen durchzusetzen. Wohl sind sie beileibe kein Aus-
gleich für die wahnwitzigen Steuererhöhungen, die ein schranken-
loser Warenwucher von Produzenten und Händlern uns be-
sonders im zweiten Kriegsjahr beiderseitig hat. Aber was wäre
wohl geschehen, wenn unsere Organisation nicht aller-
orten rege und unermüdet für die Steuererhöhungen und
Lohnerhöhungen gearbeitet hätte?

Nichts wäre geschehen. Oder so gut wie nichts!

Diese Tatsache kann kein Unorganisierter mit gutem Ge-
wissen bestreiten. Darum ist der Boden für rege Werbearbeit
sehr gelockert. Also seien wir.

Freilich steht uns nicht der große Agitationsapparat
wie in Friedenszeiten zur Verfügung. Zwar ist das
Versammlungsleben in stetigem Steigen be-
griffen. Aber es liegen doch auf diesem Gebiet gewaltige
Schwierigkeiten vor.

So müssen wir uns mit viel größerer Kraft auf die
Kleinagitation von Mund zu Mund werfen. Hierin ruht jetzt
der Schwerpunkt unserer Werbearbeit.

Kriegsbriefe

Von seinen Nordfahrten sendet uns Kollege Neumann-Premen unterm 25. April 1916 ein anschauliches Bild, dem wir nachstehend einiges entnehmen:

„Mein Kriegstätigkeitsgebiet wurde schon November 1914 die Elbmündung, welche sich unterhalb Cuxhaven in die Nordsee ergießt und sich bis Helgoland erstreckt. Im Verlauf des Krieges war ich auf drei Torpedobooten tätig. Unsere Vorpostenfahrten an und für sich sind wohl interessant; doch wenn man sie schon sehr oft gemacht hat, werden sie eintönig. Eigentlich ist wohl die Seefahrt interessant nur für den, der sie selten macht. Wie es nun auf einer solchen Vorpostenfahrt zugeht, will ich schildern:

Der Befehl für den 18. April „4 Uhr 35 jeetlar“ war bereits ergangen. Um 1 Uhr 15 Minuten nachts wurde die Wache gewechselt. Sie besteht aus einem Wachmannschaften, 3 Unteroffizieren und 7 Mann. ... Um 4 Uhr 35 Minuten gibt der Kommandant das erste Kommando: „Mar zum Vordeck!“ und fast gleichzeitig steht jeder auf seiner Manöverstation. Mit voller Kraft steigt die Maschine auf „Vorans“ an. Doch spritzt das Schraubenvasser am Heck umher, gleich ist die Rückwärtsbewegung überwunden, ein Moment nicht das Boot still. Dann geht es vorans. Ruder „Hart Steuerbord“. In verhältnismäßig kurzem Zuge dreht das Boot im Bogen. Gleich geht sein Vorderende am Brückenkopf vorbei, und Ruder „Vordurchsicht“ ertönt das Kommando. Nach einigen Minuten ist der Brückenkopf passiert, „D S“ in der Höhe. Leicht dreht das Boot nach Backbord und befindet sich mitten im Fahrwasser. Die „Alte Liebe“, ein künstlich befehliger Vorposten mit einem Turm und Signalator, wird jetzt passiert. Wie man sich durch die hier schon vorbeigefahren und mancher Seemann hat die „Alte Liebe“ bei der Passfahrt wehmütig und bei der Seefahrt freudig begrüßt. Auch unser Platz gilt für. Silberweiß schimmern im Meerlicht die Steine der Strandbefestigung. Spuren des Bodewehrs sind an der Einfassung als auch am Deck noch sichtbar. Die wilden Aloten haben die Einfassungseisene immer weiden. Sie sind teilweise eingeharzt oder haben sich gekiegt. Am Deck hat das Wasser den Meeres bedingt. Große Reiter, Kandel, Plank und Trakt liegen für Auswechslung bereit. Der Kessel auf dem Deck geht auf und ab. Einige Kessel dampfen mit der Motorschraube am Mast liegen ruhig vor Anker. Sie dienen gleichfalls der Überverdrängung. Jetzt sind wir aber ab von Unglücksbede, einer Mannschiffen. Vom Wasser aus sieht man wenig. Alles Schöne ist der Naturfarbe angepasst. Am Schildehaus steht der Kessel und sieht aus nach. Dieser Maschine drängt das Wasser in großen Regen ländelwärts. Die Elbe wird breiter. Ein Plank jenseit zeigt nach deutlich im Wasser die Landeisen des Abzuges erkennen. Wie eine lange, gerade, breite Straße sprengt sie sich ab. Eine Anzahl größerer und kleinerer Klauen flucht schweigend, doch stetig nach Rohrburg spahend, hinter uns her. Dann geht es weiter. Mit guten Ferngläsern ausgerüstet, stehen Kommandant, Wachoffizier und der Postenmannschaft der Wache auf der Mannschiffen und der Postenmannschaft der Wache des Wälers, es nicht irgend etwas Verdächtig zu erkennen ist. Ganz besondere Aufmerksamkeit wird Unterseebooten und Minen gewendet. Ein neuerlicher Drehung taucht auf, gutt, und schnell ist er wieder verschwunden. Wilde Enten und Taucher, die beim Fischen gefasst werden, sehen sich verwundert den Fremdenstörer an, oft fliegen sie auf, oft bleiben sie auch sitzen und fischen nach der Entfernung des Bootes weiter. Eine Segelfischerkistulle kommt in Sicht. Sie hat die vergangene Nacht gefischt und zieht nun mit der Reute der Heimat zu. Helgoland naht sich, zwar noch unklar wie eine dunkle Nebelmasse zeichnet es sich vom Horizont ab. Auf dem großen Wasser, soweit das Auge reicht, kein Handelsdampfer; die Zeit, als sie einst fuhren, ist vorüber. Auf Helgoland geht an der Signalstation ein Signal hoch. Sie rufen uns an. Wir erwidern das Signal und fahren weiter. Jetzt liegt Helgoland in der Morgenionne vor uns. Deutlich unterscheiden wir das Oberland, Niederland, den Mühl und die Düne. Bald liegt Helgoland weit hinter uns. Die Luft ist klar und weit durchdringt. Das klare blaue Wasser zieht ganz leicht bewegt am Boot vorüber. Soweit des bewohnten Auge reicht, nichts mehr sichtbar als Wasser und Himmel. Wer blickt über einen großen Bogen und spahend sorgfältig nach allen Richtungen. Das Meer ist frei. Einige kleine Reiter nach vorn an der Steuerbordseite zieht eine Anzahl Schwemmschiffe, auch Dummker genannt, voran. In kurzen, zeitlich bestimmten Zeitabständen taucht ihr dunkler wässriger Rücken aus dem Wasser empor und gleich verschwindet er wieder. Unsere Vorpostenfahrt beantwortet ihre Reute nicht. Die Fahrt wird verlangsam und die Vorpostenstellung wird eingenommen. Das Landrat, auf dem der Vorpostendienst ausgeführt wird, ist genau umgrenzt. Innerhalb dieser Grenzen gibt es immer das gleiche Bild, nur ab und zu durchgehende Fahrzeugbelegen es etwas. Langsam kommt der Mittag heran. Die mit dem Postenboot einziehenden Ankerketten bewirken, daß die Nachmittagszeit schneller verfließt und hat außerdem auch noch für die Abend- und Nachtzeit vor. Um 6 Uhr 30 Abends wechseln abermals die Wachen. Die

Fahrt geht weiter, doch nunmehr mit größerer Unregelmäßigkeit, je nachdem wie es die Umstände für eine vollkommene Nachsicherheit verlangen. Nach 8 Uhr kommt die Dunkelheit. Zumeist kleiner zieht sich der Gesichtskreis und, wenn nichts Besonderes vorliegt, wird nach eingetretener Dunkelheit geantert. Das Boot liegt still. Aber auch die Stunde der Ablösung kommt heran. 12 Uhr 30 wechseln abermals die Wachen. Die Freiwache zieht auf und die abgelöste Wache geht schlafen, um sich für die Morgenwache zu erholen. Von den vier Wachen des Tages, wovon jede 6 Stunden dauert, stellt die Nachmittagswache an die Wachmannschaft die unangenehmsten Anforderungen. Der Schlaf auf ihrer Freiwache hat sich meistens erst sehr spät eingestellt, und oft ist mancher unter ihnen erst kurz vor 12 Uhr eingeschlafen. Durch die kurze Zeit des Schlafes ist er mehr ermüdet als gewohnt. Er muß jetzt auf der Wache den Kampf gegen den Schlaf führen. Das Morgenrot steigt höher, der Tag graut und gleich kommt das Kommando „Ankerlichter!“ Mit diesem Kommando wird es überall lebendig. Schnell sind alle Stationen zum Ankerlichten besetzt und die Ankerlichtmaschine holt durch ihre Umdrehungen Meter auf Meter Trost an Bord und wickelt diese auf eine Trommel. „Auf und nieder!“ ruft der Aufsichtshabende und der Wachhabende zeigt: „Verlängert Maschine ganz langsam voranz!“ Ein Griff nach dem Maschinen-telegraph und das Kommando ist übermittelt. Die Fahrt des Bootes wird nach Bedarf vermindert. Die Tagesarbeit gleicht der des vergangenen Tages. Um 6 Uhr 30 wechseln die Wachen. Es wird Mittag, denn Abend, wieder Mitternacht und Morgen, und — sollte nichts anderes bestimmt werden — dann laufen wir gegen 12 Uhr wieder in Cuxhaven an.“

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftswesen.

Die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1915. Die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Konsumgenossenschaften stieg von 1.717.519 auf 1.819.131, also um 131.915. Auch der Umsatz im eigenen Geschäft erfuhr eine Zunahme, nämlich von 192.980.519 RM. auf 193.599.933 RM. oder um 589.414 Mark. Eine ganz erfreuliche Zunahme bot die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften, nämlich von 106.359.759 RM. auf 120.070.000 RM. oder um 13.680.241 RM. In Eigenproduktionsabteilungen betreiben die Konsumgenossenschaften durchweg Bäckerei, einige wenige auch Zolobereien und Molkereien, die große Mehrzahl hingegen Mineralwasserfabrikation. Auch kennen jetzt noch einige kleinere Produktionszweige in Betracht. Die Kapitalkraft der Konsumgenossenschaften ist auch während des ersten Kriegsjahres stark gewachsen. Das Geschäftsguthaben erhebt sich von 33.772.099 auf 36.331.061 RM. oder um 2.558.965 Mark. Die Reserven von 25.083.187 RM. auf 29.354.967 RM. oder 4.271.780 RM. und sogar die Sparentlagen der Mitglieder von 80.243.901 RM. auf 85.217.837 RM. oder um 5.063.936 RM. Die Konsumgenossenschaften bilden den weitaus größten Teil der angeschlossenen Genossenschaften. Die Zahl der Arbeits- und sonstigen Genossenschaften ging von 38 auf 31 zurück. Die Zahl der bestehenden vor 38 auf 31 zurück. Die Mitgliederzahl dieser Genossenschaften erfuhr einen Rückgang von 10.975 auf 10.128, hingegen der Umsatz im eigenen Geschäft eine Zunahme von 11.065.531 RM., der zugleich mit dem Umsatz in der Eigenproduktion identisch ist. Insofern ergibt sich für den Zentralverband in seinen sämtlichen Gruppen folgendes Bild: Die Zahl der Mitglieder stieg von 1.729.858 auf 1.800.962 oder um 131.104. Der Umsatz im eigenen Geschäft erfuhr einen Rückgang von 665.061.768 RM. auf 663.153.901 RM. oder um 1.910.867 RM. Der Wert der Eigenproduktion erhöhte sich von 131.125.271 RM. auf 155.822.024 RM. oder um 24.696.753 RM. In gleicher Weise wurde die Kapitalkraft der Deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung gestärkt. Das Geschäftsguthaben stieg von 43.012.007 RM. auf 45.191.670 RM. oder um 2.179.663 RM. Die Reserven von 34.769.027 RM. auf 41.414.984 RM. oder um 6.645.957 RM. und desgleichen die Anleihen und Sparentlagen von 106.110.464 RM. auf 112.323.062 RM. oder um 6.212.598 RM. Insofern erhebt sich das eigene Kapital und das von den Mitgliedern ametratete Kapital familiärer genossenschaftlicher Organisationen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von 181.251.498 RM. auf 190.259.706 RM. oder um 9.008.208 RM. bzw. um 5,1 Proz.

Aus den Stadtparlamenten

Kriegs-Teuerungszulage.

Augsburg. In der Gemeinderatsversammlung wurde am 4. Mai d. J. folgender Antrag angenommen: Wir stimmen dem Magistratsvorschlag zu unter der Bedingung, daß die Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an nachrichtliche Anträge allgemeiner geregelt wird, und zwar in der Weise, daß bis zu einer bestimmten Lohn- bzw. Gehaltsgrenze allen darunter fallenden Angestellten,

einschließlich der Lehrkräfte, ferner auch den Bezüglern kleinerer städtischer Pensionen, eine nach Familienstand und Kinderzahl abgemessene Kriegsteuerzulage gewährt wird. Wir erlauben den Magistrat, eine Vorlage hierüber uns alsbald zugehen zu lassen und hierbei die gleichfalls dem Magistrat zugegangene Eingabe des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands mit berücksichtigen zu wollen." Der oben erwähnte Magistratsbeschluss lautet: "Es ist aus Mitteln der Kriegsanleihen ein weiterer Kredit von 50.000 Mk. zur Gewährung von Feuerungszulagen an städtische Beamte, Bedienstete und Arbeiter bereitzustellen." — Wie weit der Magistrat diesem vorstehenden Ersuchen nachkommt, wollen wir vorerst abwarten. Unser Verband hat durch die sozialdemokratische Rathausfraktion beim Stadtmagistrat längst einen entsprechenden Antrag auf Erhöhung und Erweiterung der gegenwärtig gewährten Kriegsteuerzulage eingebracht. Der Antrag fordert für ledige Arbeiter und Bedienstete täglich 30 Pf., für Verheiratete ohne Kinder pro Tag 40 Pf. und für unterhaltspflichtige Kinder unter 15 Jahren täglich pro Kind weitere 10 Pf., so daß die Feuerungszulage zusammen pro Tag bis zu 1 Mk. beträgt. Hoffentlich residiert der Magistrat gerade in dieser Frage seinen bisherigen engberzigen Standpunkt und entspricht den von allen Seiten gerechten Anträgen, eine allgemeine Feuerungszulage an die städtischen Arbeiter und Bediensteten zu gewähren.

Mielefeld. Der Magistrat und der Finanzausschuß haben auf unsere Eingabe hin eine weitere Kriegsteuerzulage beschlossen. Neben den bereits bestehenden Minderzulagen wird allen unverheirateten Arbeitern und Angestellten, die ein Einkommen unter 2.500 Mk. haben, eine monatliche Zulage von 12 Mk. gewährt. Die unverheirateten, die Familienangehörige zu ernähren haben, sind den Verheirateten gleichgestellt. Die Zulage soll zunächst bis zum Ende des Krieges ausbleiben, doch ist zu erwarten, daß die Verhältnisse es ermöglichen, auch für längere Zeit zu gewähren. Eine weitere Maßnahme, die die Urlaubfrage betrifft, harret noch der Erledigung.

Wolberg. Die am 27. März durch die Gasleitung an den Magistrat gerichtete Eingabe auf Lohnerhöhung fand am 8. Mai in der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung. Nach der Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten soll die schon bisher gewährte Feuerungszulage von 3 Mk. für Gasarbeiter und 2 Mk. pro Woche für alle Arbeiter um 2 Mk. pro Woche erhöht werden. Fernand wurden die Gasarbeiter 5 Mk., alle anderen Arbeiter 1 Mk. pro Woche erhalten. Bevor es aber zur Beschlußfassung kam, sollte Stadtvorsteher Redemeyer Rat den Antrag, den bisherigen Lohn von 2 Mk. auf 3 Mk. zu erhöhen und dann der Magistratsvorlage zuzustimmen. Er begründete seinen Antrag, indem er ausübte, daß die Arbeiter für die Lebensmittel gleiche Preise zahlen müssen und demnach auch gleiche Höhe der Feuerungszulage erhalten sollen. Die Vorlage wurde deshalb nochmals an die Stadtverordneten verwiesen. Hoffentlich dauert die Erledigung des Antrages nicht zu lange, damit die Kollegen in den Genuss der Zulage kommen.

Wünstler. Die Stadtverordneten beschließen in geheimer Sitzung, den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern Feuerungszulagen zu bewilligen. Danach erhalten alle verheirateten städtischen Beamten, die nicht im Heeresdienste stehen und ihr alles Gehalt beziehen, ferner alle städtischen Angestellten und Arbeiter, die nicht zum Heeresdienste eingezogen sind, sofern sie zu dem Staatseinkommen von höchstens 44 Mk. jährlich veranlagt sind, am 1. April 1916 ab vorläufig bis zum 1. April 1917 eine monatliche Feuerungszulage mit einem Grundbetrage von 7 Mk. und für jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre einen Zuschlag von monatlich 3 Mk. Den Verheirateten stehen Verwandte mit eigenem Einkommen gleich. Die Angestellten und Arbeiter, die im Heeresdienste stehen und auf welche die übrigen Bedingungen zutreffen, erhalten lediglich die Minderzulage von 3 Mk. monatlich für jedes Kind unter 15 Jahren.

Strahburg i. G. Die als Ersatz für die zum Heeresdienste eingezogenen Arbeiter beim Abfuhr- und Straßenreinigungsbetrieb angestellten Hilfsarbeiter beziehen außer dem ihrer Arbeitsverhältnisse entsprechenden Grundlohn eine Feuerungszulage von 20 Pf. für Frauen und Ledige für den Arbeitstag, 25 Pf. für Verheiratete ohne Kinder, 30 Pf. für Verheiratete mit 1 Kind, 40 Pf. mit 2 Kindern, 50 Pf. mit 3 Kindern, für jedes weitere Kind 10 Pf. mehr. Durch Vermittlung der Arbeiterorganisationen ist mit der Leitung bei den Privatbetrieben eine Lohnvereinbarung in der Weise eingetreten, daß den Lohnarbeitern eine Feuerungszulage von 30 Pf. für die Arbeitsstunde zugesprochen wird. Die Folge davon ist, daß bei den städtischen Betrieben ein fortwährender Wechsel im Personal stattfindet. Die Arbeiter verlassen ihre Stelle, sobald sie Lohnarbeit finden, und zwar mit der Voraussetzung, daß der städtische Lohn bei größerer Kinderzahl unzulänglich ist. Der Gemeinderat beschließt deshalb eine Aufbesserung des Lohnes der Hilfsarbeiter in der Weise, daß die oben erwähnte Feuerungszulage verdoppelt wird, mit der Maßgabe jedoch, daß die verdoppelte Feuerungszulage nicht nur den Hilfsarbeitern im Abfuhr- und Straßenreinigungsbetrieb, sondern auch in den übrigen städtischen Betrieben bewilligt wird.

◆ **Notizen für Gasarbeiter** ◆

Weibliche Zählermesser. Wir lesen in der Tagespresse: Nachdem die Gasanstalt Hannover mit der Verwendung von Frauen im Zählerdienst gute Erfahrungen gemacht hat, ist nunmehr auch die Stadtverwaltung Hannover dazu übergegangen, für das städtische Elektrizitätswerk weibliche Angestellte für die Zählerkontrolle in den Wohnungen zu verwenden. Die Angestellten tragen Uniform.

◆ **Aus unserer Bewegung** ◆

Seitbrunn. Daß die Verhältnisse hierorts keine rosigten sind, beweist die große Unzufriedenheit unter den Kollegen. Die Lebensmittelpreise sind, wie überall in den Städten, in die Höhe gegangen, so daß sie von der Arbeiterschaft bereits nicht getragen werden. Der gut organisierten Arbeiterschaft ist es nun gelungen, die Lage der städtischen Arbeiter etwas zu verbessern. Im vorigen Jahre wurde eine Eingabe um Feuerungszulage eingereicht, welche dann ihre Erledigung dahin gefunden hat, daß jedes Kind pro Monat (wenn der Arbeiter nicht über 4 Mk. Tagelohn hat) 4 Mk. erhalten soll, von denen über 1 Mk. jedoch 3,30 Mk. und von denen über 5 Mk. Tagelohn 2,60 Mk. Der Lohn beträgt in Klasse I 3,20 bis 4 Mk., in Klasse II 3,90 bis 4,70 Mk., in Klasse III 4,60 bis 5,20 Mk. Die Ledigen und Unverheirateten ohne Kinder gingen leer aus. Darüber war mit Recht große Enttäuschung, da meistens ältere Kollegen in Betracht kamen, welche schon mehr als 20 Jahre ihre Arbeitskraft bei der Stadt gelassen haben. Es wurde erneut eine Eingabe von der Ortsverwaltung eingereicht, welche den Erfolg zu verzeichnen hatte, daß die Kollegen ohne Kinder ebenfalls so behandelt werden, wie diejenigen mit einem Kind. Jetzt, nach einem Jahr, sind die Arbeiter im Gaswerk wieder an die Direktion herangetreten um Erhöhung ihres Lohnes, da die Löhne noch ganz geringe sind und die Privatindustrie weit höhere Löhne bezahlt. Die Forderung wurde von der Direktion befürwortet und an den Gemeinderat weitergegeben. Nun hat letzterer am 4. Mai beschließen, sämtlichen städtischen Arbeitern eine besondere Feuerungszulage zu der im vorigen Jahre bewilligten in Höhe von 40 Pf. pro Tag zu gewähren. Ebenfalls sollen die weiblichen Beschäftigten 10 und 15 Pf. mehr erhalten. Die zum Heeresdienst eingezogenen erhalten außer ihrem vollen Tagelohn diese Zulage nicht, und sind sämtliche Klassen um 30 Pf. erhöht worden, so daß der Höchstlohn in Klasse I 4,30 Mk., in Klasse II 5 Mk., in Klasse III 5,70 Mk. beträgt. Von dem Verwaltungsausschuß im Gemeinderat wurden pro Tag 30 Pf. vorgeschlagen, aber unsere Genossen mit 111 Stimmen und Schweißert haben sich ganz energisch unserer Sache angenommen, so daß außer den Sozialdemokraten noch ein Parteipartei für den Antrag Mittler (pro Tag 40 Pf. zu genehmigen) eingetreten ist. Die Organisation ist mit diesem Erfolg zufrieden. Aber den Kollegen, welche sich bisher noch nicht entschließen konnten, dem Verband beizutreten, sondern bloß jahrelang über die schlechten Verhältnisse und über die Vorgesetzten im Wirtschaftsministerium, rufen wir zu: In die Organisation ist Euer Platz! — In letzter Zeit sind auch Verbesserungen in der Versorgungsstufe vorgenommen worden.

Mainz. Im „Goldenen Fiskus“ fand am 30. April unsere Mitgliedserversammlung statt. Gestorben sind in diesem Quartal die Kollegen Gottlieb Nieme, Jakob Schmitt und Peter Wolf. Die Erbung ihres Nachlasses erfolgte wie üblich. Sodann gab Kollege Hechel den Massenbericht. Die Einnahmen inklusive Bestand betragen 3381,11 Mk., die Ausgaben 1769,11 Mk., hiervon an die Hauptkasse laut Statut 1368,71 Mk., bleibt Massenbestand für nächstes Quartal 1612 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer für seine gewissenhafte Massenführung Entlassung erteilt. Dann wurde beschließen, der Bürgermeisterei und Stadtverordnetenversammlung den Antrag zu unterbreiten, den diesjährigen Urlaub wieder voll zu gewähren. Am „Reichsdeutschen“ wurde angeregt, die Verarbeiten für die Organisation regen aufzunehmen. Es sollen zu diesem Zweck in nächster Zeit Betriebsversammlungen abgehalten werden.

Wünstler. Neue Regelung der Feuerungszulagen. Ein wirklich wechsellöbliches Schidial hat diese Neueingabe hinter sich, und wer hat ihr das bereitet? Die Bürgerlichen mit ihrem vorlauter Wohlwollen für die städtischen Arbeiter treibenden Herzen. Am 29. März haben wir den Stadtmagistrat gebeten, die persönliche Feuerungszulage der städtischen Arbeiter und Arbeitern auf 15 resp. 12 Mk. monatlich zu erhöhen. Dieser Antrag wurde auch von unseren Freunden im Ausschuss energisch vertreten und nach mehreren und schwierigen Verhandlungen auch angenommen, allerdings mit der Maßgabe, daß außer den Ledigen, die Erhöhung auf 15 resp. 12 Mk. nur bis zu einem Einkommen von 1.500 Mk. gewährt werden sollte. Bis zu einem Einkommen von 1.000 Mk. bewilligte man nur 12 resp. 9 Mk. und von da ab bis 2.100 Mk. sollte es beim alten bleiben; diese sollten also nach wie vor nur 9 bzw. 6 Mk. monatlich erhalten, natürlich für alle unter

um 8,1 Proz. erreichte. Ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Erhebungen zeigt folgendes Bild. Der Prozentfuß der Arbeitslosigkeit lautet:

Ende	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916
Januar . . .	4,2	2,6	2,6	2,9	3,2	4,7	6,5	2,1
Februar . . .	4,1	2,3	2,2	2,6	2,9	3,7	5,1	2,8
März . . .	3,5	1,8	1,9	1,6	2,6	2,8	3,4	2,2
April . . .	2,9	1,8	1,8	1,7	2,3	2,8	1,9	—
Mai . . .	2,8	2,0	1,6	1,9	2,5	2,8	2,9	—
Juni . . .	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7	2,3	2,6	—
Juli . . .	2,5	1,9	1,6	1,8	2,9	2,7	2,7	—
August . . .	2,3	1,7	1,8	1,7	2,8	22,8	2,6	—
September . . .	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7	15,0	2,6	—
Oktober . . .	2,0	1,6	1,7	1,7	2,5	10,9	2,5	—
November . . .	2,0	1,6	1,7	1,8	3,1	8,2	2,5	—
Dezember . . .	2,6	2,1	2,4	2,8	4,8	7,2	2,6	—

Wie schon seit Monaten, nahm der Gut- und Holzwarenarbeiterteilstand mit 22,6 Proz. Arbeitslosen den ersten Platz ein. Ihm folgte der Textilarbeiterverband mit 10,3 Proz. Angehts unserer immer geringer werdenden Woll- und Baumwollvorräte wird die Arbeitslosigkeit in dieser Gewerkschaft voraussichtlich weiter steigen. In dritter Stelle stehen die Porzellanarbeiter mit 9,2 Proz. Die niedrigsten Prozentfüße finden sich bei den Wätern und Kadieren (0,4), den Schneidern (0,3) und dem drüsilichen Guttenbergbund (0,1). Die 5 größten Verbände zeigen folgende Ziffern:

Verband	Mitglieder	Prozentfuß der Arbeitslosen	
		Ende Dezemb.	Ende März
Metallarbeiter . . .	230 724	1,1	1,1
Fabrikarbeiter . . .	83 809	1,3	1,1
Wanarbeiter . . .	80 689	4,2	2,8
Transportarbeiter . . .	69 065	0,9	0,6
Holzarbeiter . . .	68 866	2,8	1,7

Für diese Verbände liegen also die Verhältnisse sehr günstig. Besonders für die Holzarbeiter, die seit Kriegsbeginn unter ziemlich schwerer Beschäftigungslosigkeit zu leiden hatten, hat sich die Lage sehr gebessert. Was die Mächtigkeit der Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahre 1916 anbelangt, so kamen auf je 100 männliche Mitglieder im Durchschnitt 6,5, auf 100 weibliche 16 Fälle von Arbeitslosigkeit, was einem Durchschnittsfuß für beide Geschlechter von 8,2 entspricht. Auf je 100 Mitglieder kamen 1,6 Arbeitslosen gegen 1,8 im Quartal vorher, so daß sich auch hierin die eingetretene Verbesserung ausdrückt.

Die Unfallversicherung in der Kriegszeit. Die allgemeine Gefahr, bei der Arbeit einen Betriebsunfall zu erleiden, ist durch die Kriegsvorgänge gesteigert worden. Betraft sind an die Stelle der mit ihren Obliegenheiten genau vertrauten Arbeiter ungeübte Ersatzkräfte getreten, die häufig nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Mitarbeiter in Gefahr bringen. Dazu kommt, daß infolge des häufigen Mangels an Arbeitern die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters gesteigert wurde. Schließlich hat auch die Überwachung der Betriebe und damit die Einhaltung der Unfallversicherung eine Einschränkung erfahren. Die Beaufsichtigung der Betriebe nach dieser Richtung liegt in der Hauptsache in den Händen der Berufsgenossenschaften. Von den 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften haben gegenwärtig 64 insgesamt 362 Stellen für diese Beamte eingerichtet. Nach ihrem letzten Jahresberichte haben sie 54 871 Revisionstage ausgeübt. Davon entfallen 39 226 auf Betriebsbesichtigungen, 7111 auf Lohnbuchprüfungen und 8234 auf die Kontrolle der Merkmalspässe sowie auf andere Dienstverhalte. Bei den Bauwerks-Berufsgenossenschaften und der übrigen Berufsgenossenschaften sind insgesamt in den als revisionsmäßig nachgewiesenen Betrieben 193 259 Revisionen ausgeführt worden. Das sind etwa 12 Proz. aller im Frage kommenden Betriebe. Im Jahre vorher wurden rund 11 000 Revisionstage mehr ausgeübt. Die Zahl der revidierten Betriebe betrug in früheren Jahren immer 18 bis 20 Proz. Bei den Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften liegt die Sache noch unangenehmer. In ihnen von 39 Berufsgenossenschaften nur 33 eine solche Besichtigung der Betriebe eingehalten und zu dem Brede 66 Aufträge angeht. Eine große Zahl landwirtschaftlicher Betriebe enthält also eine geringere Unfallversicherung nach ausländischer Weise Träger der Unfallversicherung haben im Jahre 1914 zusammen 2 516 061 Mk. für die Unfallversicherung aus. Davon entfiel rund 2 1/2 Millionen Mark für die Überwachung der Betriebe. Der Rest entfällt auf Prämien für Merkmalspässe und dergleichen. Nach den Bestimmungen der Reichsperiode, die in der Berufsgenossenschaft eine Anzahl auf demselben Wege gewählter Vertreter beauftragt, die an der Überwachung der Unfallversicherung teilzunehmen haben. Im Jahre 1915 betrug die Zahl im ganzen Reich 2 293. Jede Berufsgenossenschaft muß in jedem Jahre mindestens einmal diese Vertreter zusammenrufen, um zu den Berichten der technischen Aufwachmannschaften zu nehmen und die zur Verbesserung der Unfallversicherung notwendigen Maßnahmen anzugehen. Besprechungen haben, wie schon das Reichsversicherungsamt weiß, zu manchen Rückschlüssen geführt, die bei der weiteren Gestaltung der Unfallversicherung verwendet werden sollen. Das Reichsversicherungsamt hat unlängst ein Rundschreiben an die

Berufsgenossenschaften erlassen, in dem es anregt, gerade mit Rücksicht auf die Kriegsvorgänge die Unfallversicherung energischer zu betreiben. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sei die Überwachung zum Teil völlig eingestellt worden. Das sei bedauerlich; es mühe auf Ausfüllung dieser Lücken ernstlich Bedacht genommen werden, sonst sei zu befürchten, daß das in langjähriger mühevoller Tätigkeit erzielte Verständnis der Unternehmer und der Arbeiter für die hohe Bedeutung des Arbeiterschutzes wieder verloren geht. — Wir können uns diesen Wünschen natürlich nur anschließen.

Die württembergische Staatsregierung hat beschlossen, mit Wirkung vom 1. Mai ab die den staatlichen Beamten und Arbeitern gewährten Kriegsteuerzuschläge zu erhöhen. Die Zulage beträgt künftig monatlich für ein Kind unter 16 Jahren 6 Mk., für jedes weitere Kind 3 Mk. Die Einkommensgrenze, bis zu der die Zulage gewährt wird, ist von 2100 Mk. auf 2400 Mk. erhöht worden.

Rapide Zunahme der Frauennarbeit. Eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände in Köln beschäftigte sich mit der gewerkschaftlichen Frauennorganisation. Gewerkschaftssekretär Daas führte in seinem Vortrage an, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Krankenkassen Kölns wie folgt gestiegen ist: Von 46 634 im Januar 1914 auf 69 194 im Januar 1915 und auf 75 319 im Januar 1916. Das ist eine Zunahme von 28 685 oder 60,1 Proz. In einzelnen stiegen die Zahlen der weiblichen Versicherten in den Krankenkassen der Gemeindebetriebe von 411 auf 2566 = 619,2 Proz., in den privaten Betriebskrankenkassen von 6155 auf 14 322 = 132,9 Prozent, in den Ortskrankenkassen von 36 530 auf 58 150 = 57,9 Prozent. Nur die Jungfrauenkrankenkassen hatten eine Abnahme der weiblichen Mitglieder, und zwar um 10,1 Proz. Die Frauen und Mädchen wurden auch zu sehr verantwortungsvollen und körperlich sehr schweren Arbeiten herangezogen. So gab es Chauffeurinnen, Straßenbahnführerinnen, Kranführerinnen, Notennarbeiterinnen, Erbarbeiterinnen, Kantinenarbeiterinnen usw. Arbeitsstunden bis zu 14 Stunden sind keine Seltenheit, in manchen Fällen kamen durchgehende Schichten von 20 bis 24 Stunden vor. In vielen Fällen zahlten die Unternehmer für diese Heberarbeit keinen oder doch nur ungenügenden Zuschlag. In keinem Falle erhielten die Arbeiterinnen für gleiche Leistung ebenso viel Lohn wie die männlichen Arbeitskräfte. Reichs-, Amts- und Gemeindebetriebe gingen leider mit schlechtem Beispiel voran.

Die bleiben die Alten — wir auch! Ende März fand in Berlin eine Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie statt, um zu der tags darauf folgenden Tagung der Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikvermeidung Stellung zu nehmen. Nachdem festgestellt worden war, daß im Jahre 1915 Forderungen für Streiksachen an die Zentrale nicht gestellt worden seien, wurde mitgeteilt, daß dem Hauptauswah für nationale Arbeiter- und Berufsvereine (das sind die gelben Gewerkschaften) ein Unterstützungsbeitrag bewilligt werden solle. Hieran knüpften sich so interessante Ausführungen, daß sich auch die weitere Öffentlichkeit dafür interessieren dürfte. Der Vorsitzende gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß, wenn diese Frage auch mehr für größere einheitliche Industriebezirke und weniger für die Textilindustrie Interesse habe, man sich doch wegen einer Unterstützung der im Interesse der Unternehmer liegenden Bewegung für die Bewilligung aussprechen müsse. Er fand mit dieser seiner Meinung auch die Unterstützung der übrigen Herren. Mehrere Redner verbreiten sich dann über das gegenwärtige Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeiterorganisationen. Einer der Redner führte aus: „Die Streikgewerkschaften, vor allem die von ihnen geschaffenen Einrichtungen, befinden sich in einer notleidenden Lage. Zudem hat sich der Gegenstand in den freien Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Partei erheblich verschärft. Die Verhältnisse legen den Gedanken nahe, ob vielleicht jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, die Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wahrzunehmen, gegenüber dem derzeitigen unangenehmen Zustande, wirtschaftliche Kräfte nach parteiulichen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Schaffung eines Wirtschaftsparlaments, das wirtschaftliche Fragen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erörtern und entscheiden muß, erachte er als ein dringendes Erfordernis. Besserheit in Form einer besonderen Kammer für wirtschaftliche Fragen im Reichstage. Der jetzige Zeitpunkt sei geeignet, den Gedanken des Zusammengehens mit der organisierten Arbeiterkraft, den Gewerkschaften, näherzutreten, jedoch in höchst vorläufiger Form. Diese Aufgabe müsse der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zufallen.“ — Das läßt sich nur durchschauen, sagte ein anderer Redner, wenn die Streikgewerkschaften von dem Grundgedanke ihres Kampfes gegen die Arbeitgeber abgehen. Das mühe vorderhand nicht zu erwarten. Um in der Arbeiterkraft immer mehr das Zusammengehensgefühl zu wecken und die Arbeiterkraft zu halten, sei es zweckmäßig, die werkführenden Gewerkschaften, die diesen Zweck zu erreichen streben, zu unterstützen. Ein anderer Teilnehmer machte zu großer Freude, wenn mit den Gewerkschaften Anbahn genommen werden sollte. Die Gewerkschaften wurden zunächst die grundsätzlichen Forderungen stellen: Zeitparität, Arbeitsamt,

